

# E.on droht Fiasko bei neuem Kohlekraftwerk

## Milliardenprojekt ohne Baugenehmigung: Umweltschützer wollen heute vor Gericht den sofortigen Baustopp in Datteln beantragen

Von David Schraven

**DÜSSELDORF** - Dem Energiekonzern E.on droht beim Bau eines Großkraftwerkes im nordrhein-westfälischen Datteln ein wirtschaftliches Debakel. Am heutigen Montag will die Umweltschutzorganisation BUND nach Informationen der WELT einen sofortigen Baustopp für das 1,2-Mrd.-Euro-Projekt beantragen. Die Chancen, ein Ende der Arbeiten durchzusetzen, stehen nicht schlecht. Am Donnerstag hatte das Oberverwaltungsgericht Münster (OVG) entschieden, das Kraftwerk verfüge über keine gültige Baugenehmigung. Der Bau verstoße gegen die Landesplanung in NRW.

Damit droht E.on eine Investitionsruine. Zudem könnte der Konzern gezwungen werden, alle bereits fertiggestellten Anlagen in Datteln wieder abzureißen und die Baustelle zu renaturieren.

Die Entscheidung des Gerichts in Münster dürfte darüber hinaus Bedeutung für viele weitere Kraftwerksbauten in Deutschland haben. Gegen den Bau eines weiteren E.on-Kraftwerkes im hessischen Staudinger übergab am Freitag eine Bürgerinitiative mehrere Tausend Unterschriften an den zuständigen Regierungspräsidenten, um das 1100 Megawatt-Projekt zu behindern. Auch diese Bürgerinitiative wird vom BUND unterstützt.

Erst vor zwei Jahren hatte der Stromkonzern RWE die Pläne für ein Kraftwerk im saarländischen Ensdorf nach Protesten aufgegeben.

Doch vor allem Kraftwerksbauten des Versorgers Evonik-Steag in Marl und Herne sowie ein Vorhaben des kommunalen Verbundes Trianel in Lünen dürften bedroht sein. Allen diesen Projekten ist gemein, dass sie nicht nur auf alten, genehmigten Kraftwerksstandorten errichtet werden, sondern zum Teil auch auf Flächen direkt daneben. Genau dies führte in Datteln zur Entscheidung des Gerichtes gegen E.on.

Hier hatte der Stromkonzern die neuen Kohlekessel direkt neben einem bestehenden Kraftwerkspark errichtet. Dazu musste ein Wäldchen gefällt werden. Die Stadt Datteln hatte dazu eine entsprechende Genehmigung erteilt.

Zu unrecht, wie das OVG Münster urteilte. Das Kraftwerk verstoße gegen die Landesplanung. Der Kühlturm und die Kessel würden zu nah an einer Wohnbebauung errichtet, entschieden die Richter nach einer Ortsbesichtigung. Zudem sei das Gefährdungspotential der Anlage für die Bevölkerung nicht genügend abgewogen worden. Ein Sprecher des NRW-Wirtschaftsministeriums widersprach. Der Bau in Datteln sei „sehr im Sinne der Landesplanung“. Man müsse nun sehen, wie man das Problem schnell löse.

Auf der Baustelle in Datteln sind

derzeit in jeder Schicht 1300 Menschen beschäftigt. Der Rohbau ist fertig. Die ersten Anlagen sind installiert und eigentlich sollte im kommenden Jahr der Probetrieb beginnen, bevor das moderne Kohlekraftwerk im Jahr 2011 in Vollast geht. Sollte ein Baustopp durchgesetzt werden, dürfte es für E.on schwer werden, das Kraftwerk planmäßig in Betrieb zu nehmen. Gegen die Entscheidung des OVG ist eine Revision nicht möglich. Allenfalls gegen die Nichtzulassung einer Revision kann vor dem Bundesverwaltungsgericht geklagt werden. Sollte dieser Streit gewonnen werden, könnte dann in einem zweiten Verfahren vor dem Bundesgericht das Urteil selbst angegriffen werden. Das Prozedere kann einige Jahre dauern. In der Zwischenzeit müsste der Bau ruhen.

Ein Sprecher des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) sagte: „Wir müssen uns bald überlegen, wo der Strom überhaupt herkommen soll, wenn es unmöglich wird, neue Kraftwerke zu errichten.“

Die Stadt Datteln will das Urteil jetzt prüfen und erst dann über weitere Schritte entscheiden. „Wir sind mehr als überrascht“, sagte ein Sprecher. E.on wollte sich zunächst nicht äußern. Intern wird allerdings überlegt, ob rechtliche Schritte gegen die Stadt Datteln unternommen werden müssen. Da die Stadt die falsche Genehmigung erteilt hatte, wäre sie am Ende für den Schaden haftbar.